Papst will Waffenruhe sofort – Politik begrüßt Syrienresolution

27. Februar 2018

Vatikanstadt/Berlin (KNA) Papst Franziskus fordert ein umgehendes Ende der Gewalt in Syrien.

„Schmerzerfüllt appelliere ich, sofort die Gewalt zu stoppen, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen“, sagte er am Sonntag auf dem Petersplatz. Unterdessen begrüßten Politiker in aller Welt die UN Resolution für eine Waffenruhe in Syrien. Die Grünen rufen für Montag zu einem Mahnmarsch in Berlin gegen die Gräueltaten in Syrien auf. Ihr Motto: „Wer schweigt, schaut weg.“

> *Die Menschen vor Ort bräuchten Nahrung und medizinische Hilfe, betonte Papst Franziskus. Kranke und Verletzte müssten in Sicherheit gebracht werden.*

Dieser Februar sei einer der gewalttätigsten Monate im mittlerweile sieben Jahre andauernden Syrienkrieg. Kinder, Frauen und Alte würden wahllos getötet, Krankenhäuser bombardiert. „Das ist unmenschlich. Man kann das Böse nicht mit dem Bösen bekämpfen“, mahnte Franziskus. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Präsident Emmanuel Macron sprachen am Sonntag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Lage in Syrien, wie die Bundesregierung mitteilte.

Alle drei hätten die am Samstag einstimmig verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates begrüßt, mit der sämtliche Parteien in Syrien zu einer mindestens 30-tägigen Waffenruhe aufgefordert werden, insbesondere um humanitäre Hilfe und Evakuierungen in den umkämpften Gebieten zu ermöglichen. Merkel und Macron betonten, es komme nun entscheidend darauf an, die Resolution zügig und vollständig umzusetzen. Sie riefen Russland dazu auf, in diesem Zusammenhang maximalen Druck auf das syrische Regime auszuüben, um eine sofortige Einstellung der Luftangriffe und Kämpfe zu erreichen. Die Grünen riefen dazu auf, sich am Montag ab 18 Uhr in Berlin an einem Mahnmarsch gegen die Gräueltaten in Syrien zu beteiligen.

Unter dem Motto „Wer schweigt, schaut weg“ wollen die Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck die Demonstration von der russischen zur türkischen Botschaft anführen. „Das ist längst kein Kampf mehr gegen radikale islamistische Rebellengruppen, sondern ein Massaker an der Zivilbevölkerung“, heißt es in dem Aufruf der Grünen.

So schwierig die Lage auch sei: „Die Gewalt und das Leid dürfen wir nicht stillschweigend hinnehmen! Wer schweigt, schaut weg. Lasst uns ein Zeichen setzen.“ Nach tagelangen Verhandlungen und langem Widerstand Russlands hatten die Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrats in New York am Samstagabend doch noch einstimmig der Resolution zugestimmt. Diese fordert eine 30-tägige Waffenruhe möglichst ab sofort. Die Vereinbarung

gilt allerdings nicht für mögliche Militäreinsätze gegen die Terrorgruppen „Islamischer Staat“, Al-Kaida und AlNusra. Der russische Gesandte erklärte, eine sofortige Waffenruhe sei nicht möglich. Zunächst müssten Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien getroffen werden.

(KNA – skmmp-89-00045)

Stand: 27. November 2026